

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 25 (1984)  
**Heft:** 21

**Buchbesprechung:** Buch-Hinweise

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Führung von Stanislaw Mikolajczyk und die rumänische Nationale Bauernpartei unter Iuliu Maniu.

Von diesen Parteien überlebten die Bauernunion in Bulgarien und die Vereinigte Bauernpartei in Polen als Anhängsel der kommunistischen Parteien; Ungarn und Rumänien sind Einparteistaaten. Betrübtlich ist das Schicksal der Parteiführer. In Ungarn wurde der Ministerpräsident der ersten Nachkriegsregierung, Zoltán Tildy, vom Juli 1948 bis Mai 1956 unter Hausarrest gehalten; der Generalsekretär der Kleinlandwirtepartei, Béla Kovács, wurde im Februar 1948 für acht Jahre nach der Sowjetunion deportiert. Mikolajczyk floh im Oktober 1947 in den Westen, um der Verhaftung zu entgehen. Maniu wurde im November 1947 zu lebenslänglicher Einzelhaft verurteilt.

Auf diesem Hintergrund erscheint die Konferenz der «Bauernparteien», die vom 5. bis 6. September 1984 in bulgarischen Varna organisiert worden war, in anderem Licht. Sie stand unter dem Thema «Frieden – eine unabdingbare Voraussetzung für den sozialen Fortschritt der Völker». Die Teilnehmer – 74 Delegationen aus 45 Ländern – gaben ihrer «Beunruhigung über das wachsende politische Misstrauen» Ausdruck. Präsident Schiwkoff bezeugte in einer Grussbotschaft «den Bauern- und demokratischen Parteien und Organisationen grossen Respekt.»

Der Schlüssel für das «Misstrauen» findet sich in Gorbatschows Rede vom 9. September. Er versicherte seine Zuhörer, dass die sowjetische und andere Bruderparteien «die Reinheit und den revolutionären Geist von Lenins Lehre entschieden verteidigen werden». Er prangerte an, was er als «notorische Politik der Differenzierung» des Westens gegenüber osteuropäischen Ländern bezeichnete; er zeigte sich ungehalten über das westliche Interesse an der Volksbehandlung durch die verschiedenen osteuropäischen Regierungen. Zum Abschluss seiner Rede stellte Gorbatschow fest:

*«Die Entwicklung des weltweiten revolutionären Prozesses und das Schicksal von Frieden und Menschheit hängen entscheidend von der Entschlossenheit dieser Gemeinschaft ab, vom Erfolg der schöpferischen Tätigkeit eines jeden Landes und von der Zielausrichtung und Koordinierung ihres Einsatzes... Lang lebe die starke Allianz der Länder der sozialistischen Gemeinschaft! Lang lebe Frieden und Kommunismus!»*

Die Natur der «starken Allianz» ist nicht nur durch die Ursprünge der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa demonstriert, sondern auch durch die Tatsache, dass Moskau gegen drei seiner «Brudervölker» militärische Gewalt eingesetzt hatte – DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968 – und sie Polen 1956 und 1980 androhte. Schliesslich zeigt die Verbindung von «Frieden und Kommunismus», was vom Hinweis der Varna-Konferenz auf den «sozialen Fortschritt der Völker» zu halten ist, zumal Gorbatschow den Westen der Kriegstreiberei bezichtigte. Sa.

## Buch-Hinweise

### «Wertloser» Boden im Sozialismus?

**Manfred Hoffmann: Flächennutzung in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, dargestellt am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik. Duncker & Humblot, Berlin, 258 Seiten, 1983.**

Was ist der Boden in der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung eigentlich wert? Nach der kommunistischen Theorie ist das eine falsch gestellte, typisch kapitalistische Frage, denn das Wort «Wert» hat im Zusammenhang mit dem Boden nichts zu suchen; einen von der Gesellschaftstheorie beglaubigten Wert hat lediglich die Arbeit, das heisst das Arbeitsprodukt.

Diese Verkündigung kann freilich nicht hindern, dass in der Realität, zum Beispiel in der Landwirtschaft, ein fetter Boden materiell etwas anderes ist als ein magerer, dass der «Nichtwert» eines Baugrunds ein paarmal höher ist als der «Nichtwert» einer Geröllhalde usw.

Notgedrungen entsteht da eine Problematik, wenn es um die tatsächliche Bodenbenutzung geht, und damit unter anderm befasst sich die vorliegende wissenschaftliche Schrift, die ein ganzes Gestrüpp an Problematik sichtet und ordnet, was im Klartext eigentlich nur vom Westen aus überhaupt möglich ist.

Der Autor, ein Spezialist für die Probleme von Wohnwesen und Landwirtschaft in der DDR, stellt in seiner Einleitung fest, dass die Fragen der Flächennutzung in der DDR-Fachliteratur nur am Rande behandelt werden. Und das hängt mindestens unter anderm mit den ideologischen Aspekten dieser Thematik zusammen.

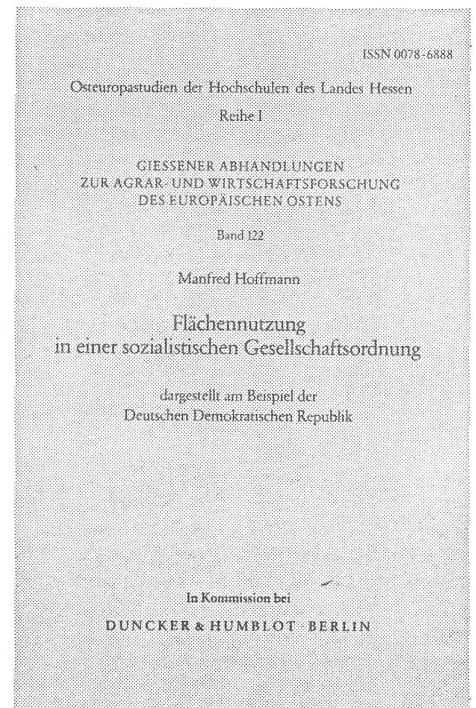
Die These von der Wertlosigkeit (oder Nichtbewertbarkeit) des Bodens gilt für das ganze Sowjetlager, und in Osteuropa ist sie nach sowjetischem Vorbild übernommen worden. Nach dieser Massgeblichkeit qualifiziert man Grund und Boden in der DDR seit den sechziger Jahren als (an sich) wertlos. Ein 1979 veröffentlichtes ostdeutsches Lehrbuch für politische Ökonomie erklärt das so: «Der Boden hat als Naturgut keinen Wert, da er nicht das Produkt menschlicher Arbeit ist.»

Da der Boden nicht nur theoretisch definiert, sondern auch praktisch genutzt (und eben praktisch doch gewertet) wird, wirkt sich der ideologische Anspruch im Alltag hinderlich aus. Das hat zum Beispiel der damalige Regierungschef Willi Stoph schon 1965 eingeräumt: «Seit Jahren gibt es bei uns eine gewisse Vergeudung von Grund und Boden, und die landwirtschaftliche Nutzfläche nimmt ständig ab

(...). Neben andern Gründen war die Ignorierung des Bodenwertes der Ausgangspunkt.» Ihrerseits haben auch ostdeutsche Wissenschaftler betont, dass «Vorstellungen über die «Wertlosigkeit» des Bodens» die Forschungsarbeit in diesem Zusammenhang «gehemmt» hätten.

Die aus der UdSSR bezogene Einstellung zur Natur («der ideologisch motivierte Glauben an die absolute Beherrschbarkeit der Natur durch den Menschen», Hoffmann) hat jedenfalls die Bodenpolitik in Osteuropa beeinflusst. Mit Verspätung erst wird auch in der Sowjetunion selbst anerkannt, dass die «aus einer falschen Einwirkung auf die Umwelt resultierenden Schäden alljährlich viele Dutzend Milliarden Rubel Schäden» mit sich bringen (S. 26–27).

Die extensiven Tendenzen des Wirtschaftswachstums sind im Ostblock bis heute charakteristisch geblieben. Der hemmungslose Umgang mit dem Boden, den man im Westen selbst häufig als Folge der profitorientierten Gesellschaftsordnung betrachtet, gehört interessanterweise *noch ausgesprochener* zur Logik des sozialistischen Systems, das zum unersetzbaren Gut der schieren Bodenfläche keinen ideologiegerechten Wertbezug herzustellen vermochte.



**Missbrauch von Boden und Natur ist in sozialistischen Ländern systembedingt.**

Das Wachstum der Industrie und insbesondere der Schwerindustrie hat im Osten insgesamt weniger als im Westen Rücksicht auf andere Faktoren genommen, und zu den vernachlässigten Faktoren gehört die Bodenfläche, die man als frei verfügbar betrachtet hat.

Der Autor geht der Neuverwendung des Bodens in der DDR in allen Sektoren nach. Die direkten Bedürfnisse der Bevölkerung, zum Beispiel nach Erholungsraum, sind gegenüber den planwirtschaftlichen Ansprüchen weit zurückgestellt. So verbleiben nur noch 3,3 % der Gesamtuferstrecke der wichtigsten Seen der Allgemeinheit als Badeufer zur Verfügung. Ein Anlass für uns im Westen, über die hier geglaubten Verursachungstheorien neu nachzu-

denken. Sie passen nämlich noch besser auf die «Alternativgesellschaft».

Der Autor des vorliegenden Buches scheut sich nicht, den Verursachungsschluss ausdrücklich in der hier ungewohnten Richtung zu ziehen. Die Tatsache des oft katastrophalen Umgangs mit der Bodenfläche nennt er unvermeidliche Folgen der sozialistischen Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftsordnung, der Planwirtschaft sowjetischen Typs: «Sie werden in der DDR so lange fortbestehen, wie die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs dort weiterbesteht.»

Das Buch stützt sich auf ein umfangreiches Quellenmaterial und enthält viele Tabellen.

Laszlo Revesz

## à propos Mensch

In *Polen* arbeitet das Justizministerium an einer Änderung des Strafgesetzes. Bei «staatsfeindlichen» (lies: politischen) Delikten will man als neue Strafe die gerichtlich verfügte Landesverweisung einführen («Tygodnik powszechny», Krakau, 16.9.1984). Wohlverstanden: als Strafe für die Staatsbürger des eigenen Landes.

★

In *Ungarn* können Adoptiveltern nur hoffen, dass die leiblichen Eltern ihres neuen Kindes nicht wieder erziehungsfähig werden, denn sonst kommt «Rückerstattung» in Betracht:

Das Land mit seinen 10,7 Millionen Einwohnern zählt nahezu 40 000 Kinder, die wegen schlechter Familienverhältnisse (fast immer Alkoholismus) sogenannten «elternlos» sind. Die weitaus meisten von ihnen (zurzeit zwischen 32 000 und 33 000) werden vom Staat direkt betreut, der dazu 120 grosse Heime unterhält.

Im weiteren sucht man Pflegefamilien. Es gibt deren knapp 5500, bei denen zwischen 1 und 4 Kinder einen Platz gefunden haben. Der Staat fördert diese Regelung durch Vermittlung oder Gewährleistung von Unterhaltsbeiträgen, die, an ungarischen Verhältnissen gemessen, recht hoch sind: 500 bis 900 Forint pro Monat und Kind; der Durchschnittslohn beläuft sich auf rund 5000 Forint im Monat.

Die an sich beste Lösung, die Adoption, kommt zahlenmässig erst an dritter Stelle. Jährlich gibt es etwa 1000 Adoptionsfälle. Die Schwierigkeit liegt darin, dass die Endgültigkeit nicht garantiert wird. Wenn es sich bei den leiblichen Eltern zum Beispiel um Alkoholiker handelt, haben sie im Falle ihrer «Gesundung» die Möglichkeit, ihr Kind wieder zurückzufordern, und es kommt «oft» vor, dass man ihrem Begehren stattgibt. (Diese Regelung ist wohl als elternfreundlich gemeint und als Anreiz, den

Alkoholismus zu überwinden. In der Praxis aber kann sie dazu führen, einer ersten Familientragödie noch eine zweite hinzuzufügen; vor allem aber wird so der Einrichtung der Adoption selbst die Verlässlichkeit genommen, was die Entstehung neuer Eltern-Kind-Beziehungen noch zusätzlich erschwert.)

Neben den ausserhalb ihrer ursprünglichen Familien betreuten Kindern sind in Ungarn noch 68 000 «gefährdete Kinder» registriert, die in einem «ungesunden familiären Milieu» aufwachsen.

★

In *Polen* wird jetzt eine Kontrollkommission nach der anderen aufgestellt. Diese haben u. a. die Züge zu inspizieren. Dabei wurden während kurzer Zeit 200 000 Verbrechen oder Vergehen entdeckt; 38 000 Verdächtige hat man festgenommen. Ähnliche Kontrollen mit denselben Resultaten sollen auch in 133 der grossen Lkw-Basisstationen durchgeführt worden sein («Trybuna Ludu», 19.9.1984).

★

Neben der *Tschechoslowakei* sind «Dankbarkeitsgelder» für Ärzte und das Spitalpersonal vor allem in *Ungarn* verbreitet. Dafür gibt die Bevölkerung jährlich 4 Milliarden Forint aus (Durchschnittslohn gegen 4000 Forint im Monat). Solche Gelder werden nicht als Bestechung qualifiziert. Dennoch möchten die Behörden wissen, woher und wohin sich diese Geldströme ergiessen. Ihr Vorschlag: Es werden «Dankbarkeits-Checks» eingeführt. Diese sollen – versehen mit Name und Adresse des betreffenden Arztes oder der Krankenschwester – an die zentrale Spitalleitung geschickt werden («Népszabadsag», 5.9.1984).



## Deutschland-Magazin

deckt auf, was andere verschweigen!

- Deutschland-Magazin bietet die wichtigsten Beiträge zu den Grundsatzfragen der Deutschland-Politik und der Weltpolitik.
- Deutschland-Magazin dokumentiert, was andere Medien verschweigen, verfälschen oder unerträglich verstümmeln.
- Deutschland-Magazin ist die politische Monats-Zeitschrift, die Fakten, Hintergrund-Informationen und Argumente liefert.

Bitte fordern Sie Probehefte an! Kostenlos und völlig unverbindlich. Benutzen Sie bitte diesen Gutschein:

Gutschein für drei kostenlose Probeexemplare  
An Deutschland-Magazin  
Kampenwandstraße 16 · 8210 Prien

Name: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_  
 Beruf: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_